





Im Gegensatz dazu ist Nichtbeteiligung für die Krisenthese ein Zeichen von Unzufriedenheit und zunehmendem politischem Desinteresse. Die so benannte «Partei der Nichtwähler:innen» bestehe aus Unzufriedenen, Apathischen und politisch Desinteressierten. Dies sei aber aus zwei Gründen ein [KLICK] Zeichen für eine Krise der Demokratie. Erstens lebe die repräsentative Demokratie von aktiven, sich beteiligenden Bürgerinnen und Bürgern. Zweitens führe Unzufriedenheit mit der Zeit eben nicht nur zu Apathie und Abstinentz, sondern könne auch zu einer Abkehr von Demokratie, zu Protestverhalten oder gar zu politischer Gewalt führen.

### Denk Mal! (immer gleiches Symbol und entspannte Musik)

Wer hat recht – die Krisen- oder die Normalisierungsthese?

### Krise oder Normalisierung? (2)

Wer hat recht – die Krisen- oder die Normalisierungsthese? Diese Frage lässt sich natürlich nicht so einfach beantworten. Wir können uns die Sache aber empirisch anschauen. Mathias Fatke und Markus Freitag haben im Nachgang der eidgenössischen Wahlen von 2019 jene Befragten angeschaut, die angaben, nicht an den Wahlen teilgenommen zu haben. Sie fanden sechs unterschiedliche Typen von Nichtwählenden. Die [KLICK] grösste Gruppe nahm nicht teil, weil sie zufrieden sind. Dies entspricht also eher der Normalisierungsthese. Allerdings gibt es auch eine Gruppe von Unzufriedenen, die hier als [KLICK] politisch verdrossen bezeichnet werden. Diese 16 Prozent entsprechen eher der Krisenthese. Interessant sind die anderen vier Typen. Die als [KLICK] «inkompetent» bzw. «sozial isoliert» bezeichneten Typen nehmen nicht teil, weil sie zu wenig über die Wahlen wissen oder in ihrem Umfeld niemanden haben, der sie für die Beteiligung mobilisieren würde. Die niedrige Wahlbeteiligung wird in der Schweiz oft damit erklärt, dass es dank der direkten Demokratie eben gar nicht nötig sei, zu wählen, weil man mittels Referenden und Initiativen seine Präferenzen alternativ und direkter einbringen könne. In der Tat scheint es [KLICK] zwei Typen zu geben, die nicht an Wahlen teilnehmen, weil sie entweder alternativ partizipieren (wir kommen gleich darauf zurück) oder eben vor allem abstimmen. Wir können also sagen, dass sowohl die Krisen- wie die Normalisierungsthese helfen, das Phänomen Nichtpartizipation bei Wahlen zu erklären, dass es wohl aber noch weitere Erklärungsfaktoren gibt als lediglich Zufriedenheit oder Unzufriedenheit.

### Inhalt

Wir haben gesehen, dass die Krisenthese die abnehmende Partizipation als Problem betrachtet, dass sie mit der Normalisierungsthese aber auch als unproblematisches Phänomen betrachtet werden kann. Gibt es noch weitere Probleme geringer Partizipation?

### Probleme geringer Partizipation (1)

Diese Frage passt eigentlich zuerst eher in die politische Theorie. Wir haben im Lernvideo 5.2 die so genannten [KLICK] partizipatorischen Demokratietheorien gestreift, die fordern,

dass möglichst alle Bürgerinnen und Bürger an Politik teilnehmen, weil Demokratie davon [KLICK] lebt, dass möglichst viele – idealerweise möglichst alle existierenden – Argumente eingebracht werden. Die partizipatorische Demokratietheorie geht sogar davon aus, das Bürgerinnen und Bürger durch Partizipation in einer Art [KLICK] «Selbsttransformation» mehr Gespür für die Allgemeinheit und gemeinsam zu findende Lösungen erhalten.

Auf der anderen Seite gibt es [KLICK] elitistische Demokratietheorien, die davon ausgehen, dass die [KLICK] Bürgerinnen und Bürger zu wenig Zeit haben oder auch die Kompetenzen nicht haben, um komplexe politische Probleme zu erfassen. Mit dieser Position kann dann von einer eigentlichen [KLICK] Selbstzensur gesprochen werden. Es ist aus dieser Perspektive sogar gut, dass etwa die oben gefundenen Inkompetenten nicht an Wahlen teilnehmen. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können wir beide Positionen einnehmen und sie auch als Basis für weitere empirische Überlegungen nehmen.

### Probleme geringer Partizipation (2)

Empirisch lässt sich etwa zeigen, dass geringe Partizipation mit ungleicher Beteiligung einhergeht. Diese Abbildung zeigt die Beteiligung bei den eidgenössischen Wahlen von 2007. Je höher die Beteiligung in einem Kanton war, desto gleichmässiger war die Partizipation, d.h. desto geringer waren die Unterschiede in der Beteiligung hinsichtlich Geschlecht, Alter, Bildung und Einkommen. Wo die Partizipation gering war, beteiligten sich hingegen mehr Männer als Frauen, mehr ältere Personen als junge, mehr Gebildete als Ungebildete und mehr Reiche als Arme. Die Gesellschaft wird mit ungleicher und niedriger Partizipation also ungleich repräsentiert, was im Prinzip die soziale Ungleichheit weiter zementieren kann.

Welche Massnahmen gäbe es, um Partizipation zu erhöhen? Eine Möglichkeit, die sich aus dieser Abbildung aufdrängt, ist die [KLICK] Stimmpflicht, die in Schaffhausen gilt. Wer unentschuldigt nicht an Wahlen oder Abstimmungen teilnimmt, muss dort 6 Franken bezahlen. Es zeigt sich, dass dieser geringe Druck ausreicht, damit mehr Menschen an Wahlen teilnehmen und die Partizipation gleichmässiger wahrgenommen wird. Allerdings zeigen Studien aus Belgien, wo eine nationale Wahlpflicht mit wesentlich höheren Bussen gilt, dass nicht Interessierte Bürgerinnen und Bürger Parteien wählen, die eigentlich eher nicht ihren Präferenzen entsprechen. Die Qualität der Partizipation nimmt mit anderen Worten mit zunehmender Höhe der Beteiligung nicht unbedingt zu. Was deshalb – auch im Zusammenhang mit den vorher diskutierten so benannten «inkompetenten» Nichtwählerinnen und -wähler – diskutiert wird, ist eine bessere politische Bildung, um Partizipation zu erhöhen.

### Inhalt

Wir haben oben die alternativ Partizipierenden und die Abstimmenden als Typen von Nichtwählenden diskutiert. Dabei stellt sich auch die Frage, was politische Partizipation an und für sich ist. Es könnte ja durchaus auch sein, dass Wahlpartizipation deshalb gering ist, weil die Menschen mit ganz anderen politischen Beteiligungsmitteln versuchen, Einfluss auf die Politik zu nehmen. In der Tat öffnet sich der Katalog, was den unter [KLICK] politischer Partizipation verstanden werden kann, in der politischen Soziologie immer mehr.

### Politische Partizipation (1)

In der Partizipationsforschung kommt man seit einiger Zeit weg von der Idee, dass politische Partizipation [KLICK] lediglich Teilnahme bei Wahlen bedeutet. Wir haben ja bei unserer [KLICK] Definition von Politik gesehen, dass Politik die Gesamtheit von Handlungen ist, die auf die Vorbereitung und Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher Regelungen und Entscheidungen zielt. Dann wird aber rasch klar, dass nicht nur die Wahlbeteiligung die Politik (so definiert) beeinflusst. Wenn aber eben nicht nur wählen politisch partizipieren bedeutet, sondern auch Demonstrationen, sit-ins, oder Mitgliedschaften in NGOs, dann kann auch der weit verbreitete Vorwurf entkräftet werden, dass sich junge Menschen nicht an Politik beteiligten.

### Politische Partizipation (1)

Dieses Schema ist sehr ausführlich. Wir können unterscheiden zwischen [KLICK] manifest und [KLICK] latent politischen Partizipationsformen. Im Prinzip können wir auch die [KLICK] Verweigerung, also die Nicht-Partizipation als politische Beeinflussung bewerten. Die [KLICK] Wahlbeteiligung ist hier nur eine unter zahlreichen weiteren Partizipationsformen, die wir je nach Aktivitätsgrad, Legalität und Kollektivität weiter unterscheiden können. Wichtig ist hier einfach, dass nicht nur Wählen eine politische Partizipationsform ist, sondern dass Unterschriften sammeln, Leserbriefe schreiben, aber auch politisch diskutieren oder gar die bewusste Meidung jeglicher politischer Information als politische Partizipation aufgefasst werden können.

### Outro → zeigen und Kopf

Ob Sie den Inhalt des Lernvideos verstanden haben, testen Sie am besten mit den Fragen und Antworten, die Sie unter Ilias finden.

Mit dem Besuch der Vertiefungsvorlesung können sie ihr Wissen zudem auch anwenden und so ihr Verständnis vertiefen.

Haben Sie Fragen? Diese können gerne in der Vertiefungsvorlesung diskutiert werden. Sie können sie auch ins Ilias-Forum stellen.

Für Kritik und Anregungen erreichen Sie mich zudem stets auch per E-Mail (Einblenden: marc.buehlmann@unibe.ch).